

Geschäftszahlen:

BKA: 2026-0.491.157

BMWKMS: 2026-0.491.115

BMEIA: 2026-0.491.258

55a/1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Gedenken anlässlich des 1. Jahrestages des Amoklaufs in Graz

Ein Jahr nach dem schrecklichen Amokattentat am 10. Juni 2025 in Graz gedenkt die Republik Österreich der Opfer, der Verletzten und ihrer Angehörigen. Die Ereignisse haben unser Land tief erschüttert und deutlich gemacht, wie wichtig Prävention, gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Schutz junger Menschen sind.

Das verursachte menschliche Leid kann der Staat nicht wieder gut machen, es gilt aber umso mehr, Betroffene zu unterstützen und zu begleiten. Dafür hat die Bundesregierung unmittelbar nach der Tat umfassende Maßnahmen gesetzt, um die Opfer und Hinterbliebenen zu unterstützen sowie die Sicherheit und Prävention nachhaltig zu stärken. Das Sozialministerium hat einen eigenen Hilfsfonds eingerichtet, um die Betroffenen niederschwellig zu unterstützen, die psychosoziale Hilfe vor Ort sicherzustellen und auszubauen und die betroffene Schulgemeinschaft langfristig zu begleiten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt neben der Unterstützung auf Präventionsmaßnahmen in Schulen und Bildungseinrichtungen. Der Ausbau der Schulpsychologie und Schulsozialarbeit wurde vorangetrieben, Präventions- und Sicherheitskonzepte wurden überarbeitet und die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe, Polizei und psychosozialen Einrichtungen verbessert. Ziel ist es, gefährdete Jugendliche frühzeitig zu erkennen und besser zu unterstützen.

Darüber hinaus wurde eine umfassende Reform des Waffengesetzes durchgeführt. Verschärfte psychologische Eignungsprüfungen, strengere Regelungen beim Erwerb von Waffen, wie beispielsweise die Anhebung des Mindestalters, sowie ein verbesserter

Datenaustausch zwischen Behörden tragen dazu bei, die Sicherheit zu steigern und Missbrauch zu erschweren.

Die Bundesregierung hat zudem Maßnahmen zur Unterstützung isolierter und besonders gefährdeter Jugendlicher verstärkt. Dazu zählen zusätzliche Angebote im Bereich psychischer Gesundheit sowie Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt, Extremismus und Radikalisierung – auch im digitalen Raum.

Der 1. Jahrestag des Amokattentates ist Anlass des Gedenkens und zugleich Auftrag, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Die Bundesregierung bekennt sich dazu, Sicherheit, Prävention und psychosoziale Unterstützung weiterhin konsequent zu stärken.

Die Bundesregierung spricht allen Einsatz- und Rettungskräften, dem schulischen Lehr- und Verwaltungspersonal, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitswesens, den Opferhilfeeinrichtungen, den psychosozialen Unterstützungsdiensten sowie allen Personen, die sich an zivilgesellschaftlich organisierten Hilfsangeboten beteiligt haben, ihren ausdrücklichen Dank aus. Ihr Einsatz am Tag der Tat selbst sowie in den Wochen und Monaten danach hat wesentlich dazu beigetragen, Sicherheit zu gewährleisten, Betroffene zu unterstützen und die Verarbeitung dieses tragischen Ereignisses zu begleiten.

Neben den Sofortmaßnahmen, die zur Unterstützung der Betroffenen auf den Weg gebracht wurden, hat die es sich Bundesregierung zum Ziel gemacht, das Verbrechenopfergesetz mittels einer Novellierung weiterzuentwickeln. Geplant sind insbesondere die Verdoppelung der Pauschalentschädigung für Schmerzensgeld, erleichterte Ansprüche für vulnerable Opfergruppen sowie ein Ausbau der psychosozialen und klinisch-psychologischen Unterstützung; der Gesetzesentwurf wird nun zur Begutachtung vorgelegt.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

9. Juni 2026

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Andreas Babler, MSc
Vizekanzler

Mag.^a Beate Meini-Reisinger, MES
Bundesministerin